

# **Digitales Brandenburg**

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

## **Geschichte der neuesten Zeit**

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1871 bis 1885

**Bulle, Constantin**

**Berlin, 1888**

Österreich-Ungarn.

**urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6504**

agrarischen Verhältnisse des ganzen Landes, die durch das Überwiegen des Großgrundbesitzes, den Rückgang des Getreidebaues und die Notlage der ländlichen Arbeiter Besorgnis einflößten, wurden einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung überwiesen um dadurch das Material für zweckdienliche gesetzgeberische Maßregeln zu gewinnen. Auch für die städtischen und industriellen Arbeiter wurde durch ein Unfallversicherungs- und ein Haftpflichtgesetz gesorgt. Eine neue Veranlagung der Grundsteuer wurde wenigstens von der zweiten Kammer noch im Dezember 1885 angenommen, die Erhöhung der Getreidezölle dagegen schon von dem Ministerium verworfen.

Verhältnis zur Kurie.

In dem Verhältnis zur päpstlichen Kurie trat keine Änderung ein. Leo XIII. bediente sich maßvollerer Ausdrücke als Pius, wenn er sich über die Handlungen der italienischen Regierung in seinen Allocutionen und Breven ausließ; allein an den herkömmlichen Protesten hielt er unverändert fest und dem Königshause zeigte er keinerlei Entgegenkommen. Gelegentlich tauchten die Pläne einer Übersiedelung nach Malta oder auch wohl nach Fulda wieder auf, ohne daß sie jedoch ernst genommen wären. Einzelne Zwischenfälle beleuchteten ab und zu den Gegensatz zwischen Papst und König in grellerer Weise, so die Tumulte, welche bei der nächtlichen Überführung der Leiche Pius' IX. nach einer anderen Kirche stattfanden, oder die Umwandlung der liegenden Güter der Kongregation de propaganda fide in italienische Rente, gegen welche der Papst vergeblich die fremden Regierungen zu Hilfe rief. Obwohl sein Verhältnis zu diesen von Jahr zu Jahr besser wurde, hatte er von ihnen doch keinen Beistand zur Wiederherstellung seiner weltlichen Macht zu erwarten. Das einzige Mal, wo ein fremder Staatsmann, der spanische Minister Pidal, im Juli 1884, sich derart ausgesprochen hatte, daß man seine Worte als einen Angriff auf die italienische Einheit deuten konnte, erreichte Mancini ohne große Mühe erläuternde Erklärungen, die jede Zweideutigkeit verwischten. In Italien selbst fuhr die ultramontane Partei fort sich der Beteiligung an den parlamentarischen Wahlen zu enthalten, und wenn sie in den Kommunalwahlen mancher Orten, besonders in Rom selbst, eine ansehnliche Stärke entfaltete, so verlor sie doch in demselben Maße an politischer Bedrohlichkeit, wie die gemäßigtere Linke sich der Rechten näherte und dadurch eine große und beherrschende Mittelpartei geschaffen wurde.

### Österreich-Ungarn.

Der Papst und Österreich.

Zu den kleinen Mitteln, deren sich der Papst bediente um sich seinem königlichen Nachbar im Quirinal unbequem zu machen, gehörte insbesondere auch die streng festgehaltene Praxis, daß er keinen katholischen Fürsten empfing, der dem Könige von Italien seinen Besuch gemacht hatte. Auch die Tochter des Kaisers von Österreich, die Prinzessin Gisela, wurde davon nicht ausgenommen, als sie im März 1884 mit

ihrem Ge  
und Fran  
dessen Be  
Vatikan  
Italiens  
Nachdem  
Okkupatio  
der Irred  
ein unget  
die beider  
es durch

Für  
außerorde  
anders al  
halbinsel  
der Besi  
Allein di  
das Freig  
verübelte  
ohne ihne  
des 60-M  
der Okku  
Kredit n  
lastung  
Mißstim  
sonders  
das Sla  
Kluft zu  
Reichsra  
sowohl r  
Hoffnung  
aufruf  
Verdien  
tember  
eine Ad  
erbitten;  
die wah  
die Tsch  
wechsels  
hätte d  
nur dur  
Auerspe  
mußten  
Okkupat  
die No

ihrem Gemahl, dem Prinzen Leopold von Bayern, in Rom verweilte, und Franz Josef selbst ließ sich dadurch zurückhalten dem König Humbert dessen Besuch in seiner Hauptstadt zu erwidern. Wenn man aber im Vatikan gehofft hatte dadurch die politische Freundschaft Österreichs und Italiens stören zu können, so ging diese Erwartung nicht in Erfüllung. Nachdem man auf der Halbinsel den ersten Verdruß über die bosnische Okkupation und in dem Kaiserstaate den Unwillen über das Treiben der Irredenta überwunden hatte, blieb das Verhältnis beider Nachbarn ein ungetrübbtes und selbst in den Fragen der Balkanländer, in denen die beiderseitigen Interessen nicht gerade immer zusammentrafen, gelang es durchweg eine vollkommene Verständigung zu erreichen.

Österreich und  
Italien.

Für Österreich war die Okkupation Bosniens ein Ereignis von außerordentlicher Tragweite geworden. Zweifellos setzte dieselbe es ganz anders als früher in den Stand dem russischen Einfluß auf der Balkanhalbinsel das Gleichgewicht zu halten, ja denselben zu verdrängen, und der Besitz Dalmatiens war dadurch ein weit gesicherterer geworden. Allein diesen Vorteilen stand die schlimme Rückwirkung gegenüber, die das Ereignis auf die innere Politik übte. Diesseit wie jenseit der Leitha verübte man Andrassy schon die Art, wie er die Delegationen schrittweise ohne ihnen vollen Einblick in seine Absichten zu gewähren zur Bewilligung des 60-Millionenkredites bewogen und diesen dann für die Durchführung der Okkupation benutzt hatte; sobald sich aber herausstellte, daß jener Kredit nicht einmal ausreichte und daß wohl gar eine dauernde Belastung des Budgets die Folge der Okkupation sein werde, wuchs die Mißstimmung noch mehr an. Allgemeine politische Erwägungen, besonders die Befürchtung, daß der Erwerb zweier slawischer Provinzen das Slawentum in Österreich bedenklich kräftigen werde, erweiterten die Kluft zwischen den beiden Ministerien und den Majoritäten der beiden Reichsräte. Ungegründet war diese Besorgnis ja keinesfalls; in Böhmen sowohl wie in Kroatien fühlte sich die slawische Opposition von neuen Hoffnungen erfüllt: die kroatische Nationalpartei begrüßte in ihrem Wahlauftritt die Okkupation als ein Ereignis, an dem sie selbst kein geringes Verdienst habe; die Tschechen beschloßen nach den Neuwahlen im September 1878 in den Landtag einzutreten und beantragten dort alsbald eine Adresse an den Kaiser um eine Abänderung des Wahlgesetzes zu erbitten; diese wurde von der deutschen Mehrheit zwar abgelehnt, allein die wahre Bedeutung des Vorganges wurde dadurch nicht abgeschwächt: die Tschechen hatten sich damit dem Kaiser für den Fall eines Systemwechsels gleichsam zur Verfügung gestellt. Einen solchen zu verhüten hätte das angestrebte Bestreben der Reichratsmehrheit sein müssen; nur durch einen engeren Anschluß an das schwer erschütterte Ministerium Auersperg konnte die Verfassungspartei sich am Ruder behaupten; Opfer mußten dabei gebracht und ganz besonders der Widerspruch gegen die Okkupation aufgegeben werden; denn von dieser zurückzutreten war für die Monarchie eine internationale Unmöglichkeit, und wenn die Reichs-

Die bosnische  
Okkupation.

Rückwirkung  
auf die innere  
Politik.

Die Tschechen.

Erschütterung  
des Ministe-  
riums Auers-  
perg.

tagsmehrheit ihre Mitwirkung verweigerte, so konnte der Kaiser keine andere Wahl treffen als zu einem slavisch-staatsrechtlichen Ministerium seine Zuflucht zu nehmen. Dennoch hielten Herbst, Giskra und die anderen Führer der Verfassungspartei ihre Anhänger bei der bisherigen ablehnenden Politik fest. Auersperg, der keine Hoffnung hatte sie umzustimmen und der ewigen Konflikte müde war, erbat mit seinen Kollegen gleich nach dem Abschluß des österreichisch-ungarischen Ausgleiches, am 3. Juli 1878, von neuem seine Entlassung; der Wunsch des Kaisers vermochte ihn zwar noch einmal zu bleiben, aber Lassers Ausscheiden aus dem Ministerium, das mit Gesundheitsrückichten begründet und nicht zu verhindern war, schwächte seine Stellung noch mehr, und nach kaum einem Vierteljahr erneuerte er sein Verlangen. Der Kaiser gedachte nun noch einen Versuch zu machen durch den Finanzminister de Pretis ein anderes verfassungstreues Kabinett zu bilden; dieser erklärte sich auch dazu bereit, wenn die Fraktionen der Mehrheit sein Programm, auf dem auch die Fortführung der Okkupation stand, zu unterstützen versprächen; nach dem Wiederzusammentritt des Reichsrates am 22. Oktober 1878 verhandelte er deswegen mit den Parteihäuptern, vermochte aber ihren Widerspruch gegen die Okkupation nicht zu brechen und lehnte deshalb den kaiserlichen Auftrag ab. Das bisherige Ministerium beharrte auf seinem Rücktrittsgesuch, war aber bereit bis zur Erledigung der bosnischen Frage die Geschäfte fortzuführen. So trat ein unerquicklicher Zwischenzustand ein, der mehrere Monate andauern sollte.

Ministerkrisis  
in Ungarn.

Ähnlich, wenn auch weniger hoffnungslos, lagen die Verhältnisse in Ungarn. Das Ministerium hatte gleichfalls der Okkupation zugestimmt, obschon ein großer Teil seiner Anhänger sie leidenschaftlich bekämpfte. Bei den Neuwahlen im August 1878 errang es eine Mehrheit von ungefähr 60 Stimmen; allein wenn dieselbe in allen anderen Punkten zuverlässig war, so konnte Tisza in der Okkupationsfrage doch nicht sicher auf sie zählen. Selbst im Schoße des Ministeriums brach der Zwiespalt aus: der Finanzminister Szell wollte die Verantwortung für das Anwachsen des Defizits, die unabweisliche Folge der Okkupation, nicht tragen und verlangte am 30. September seine Entlassung; der Kaiser bewilligte sie sofort, bewog aber Tisza und die übrigen Minister, die gleichfalls zurücktreten wollten, vorläufig zu bleiben. So war in beiden Reichshälften beim Zusammentritt der Kammern ein Ministerium im Amte, dessen Entlassungsgesuch bereits in den Händen des Kaisers lag.

Abreddebatten  
in Wien und  
Bef.

Der Weg, welchen die Opposition einschlug, war in Wien und in Pest ziemlich derselbe; hier wie dort wurde die Vorlage des Berliner Vertrages gefordert und zwar mit dem Anspruch denselben zu genehmigen oder zu verwerfen; ebenso wurde beiderorten beschlossen eine Adresse an den Kaiser zu richten. In Wien wurde dieselbe am 5. November mit 160 gegen 70 Stimmen angenommen; in der Debatte trat besonders der siegesgewisse Ton, mit welchem Graf Hohenwart als Führer der

Rechtspartei  
Hausner  
im Namen  
der Mini-  
dagegen  
deutlicher  
Abstimmu-  
gegen ihn  
Lage in  
Kommissi-  
schwere  
und wer  
22 Stim-  
wurde,  
Tisza de  
daß er s  
Der  
gefochten  
vor bene  
hier um  
Gulden  
1879; u  
vinzen  
traf der  
reichische  
tragskrei-  
Reichsra-  
zunächst  
halt der  
Delegati-  
zeichnete  
Orientir-  
sich an  
jezt wir  
und den  
Mehrhe-  
richtes  
langen  
Auschu-  
daselbe  
Appony  
Beschlü-  
konnte  
M  
wieder

Rechtspartei sie bekämpfte, und der leidenschaftliche Angriff des Polen Hausner auf Rußland und das Dreikaiserbündnis hervor; was Schaup im Namen der Verfassungspartei gegen Hohenwarts Anklagen und was der Minister de Pretis zur Rechtfertigung der Okkupation vorbrachte, fiel dagegen vollständig ab. Die ganze Verworrenheit der Lage konnte nicht deutlicher gekennzeichnet werden als dadurch, daß die Minister sich der Abstimmung enthalten mußten, wenn sie nicht auf seiten ihrer Gegner gegen ihre Parteigenossen stimmen wollten. Damit verglichen war die Lage in Pest doch weit erfreulicher. Der Adressentwurf, welchen die Kommission dem Reichstag am 14. November vorlegte, erhob zwar schwere Bedenken, aber doch keinen Widerspruch gegen die Okkupation, und wenn er schließlich nach beinahe 14tägigen Debatten nur mit 22 Stimmen (einschließlich der Minister und Ministerialräte) angenommen wurde, so war diese Mehrheit zwar bedenklich klein, aber sie machte Tisza doch das Regieren möglich und eröffnete deshalb die Aussicht, daß er sein Rücktrittsgesuch zurückziehen werde.

Der Hauptkampf mußte indessen noch in den Delegationen ausgefochten werden, die am 7. November 1878 in Pest zusammentraten und vor denen Andrassy selbst seine Sache zu führen hatte. Es handelte sich hier um die Bewilligung eines Nachtragskredites von etwa 42 Millionen Gulden für 1878 und eines Erfordernisses von 33 $\frac{1}{2}$  Millionen für 1879; weiterhin, so meinte die Regierung, würden die okkupierten Provinzen die Unkosten selbst decken können. Den stärksten Widerstand traf der Minister des Auswärtigen in dem Budgetausschuß der österreichischen Delegation, der unter Herbsts Führung beschloß den Nachtragskredit für 1878 ganz von der Tagesordnung abzusetzen, bis der Reichsrat über den Berliner Vertrag beschlossen habe, ferner für 1879 zunächst nur 15 Millionen zu bewilligen, die zum vorläufigen Unterhalt der Truppen ausreichen würden, und endlich einen Bericht an die Delegation zu erstatten, den Andrassy selbst als eine Anklageschrift bezeichnete. Vergeblich machte er geltend, daß man beim Ausbruch der Orientkrise ihn als einen Schwindler bezeichnet haben würde, wenn er sich anheischig gemacht hätte trotz großer russischer Siege die Ziele, die jetzt wirklich erreicht seien, mit einem Aufwande von nur 100 Millionen und dem Verlust von 766 Toten zu erreichen; angesichts der geschlossenen Mehrheit beschränkte er seine Thätigkeit darauf die Ablehnung des Berichtes und die Erhöhung der Pauschalsumme auf 20 Millionen zu verlangen und drang damit am 7. Dezember in der Delegation selbst dem Ausschusse zum Trotz wirklich durch. Erheblich leichter wurde es ihm dasselbe Ziel in der ungarischen Delegation zu erreichen, wo Graf Apponyi die Opposition führte. Die Mehrheit bequeme sich hier den Beschlüssen der österreichischen Delegation an, und am 16. Dezember konnte die völlige Übereinstimmung konstatiert werden.

Mittlerweile hatte Tisza schon am 4. Dezember die Regierung wieder definitiv übernommen und die durch Szells Rücktritt geschaffene

Die Delegationen.

Andrassy's Sieg.

Genehmigung  
des Berliner  
Vertrages.

Lücke durch Übertragung des Finanzministeriums an den Grafen Julius Szapary ausgefüllt: der Reichstag gab ihm sofort ein Vertrauensvotum, indem er den Antrag der äußersten Linken den Berliner Vertrag auf die Tagesordnung zu setzen mit 55 Stimmen Mehrheit ablehnte. Der Wiener Reichsrat dagegen nahm einen gleichartigen Antrag am 10. Dezember an und überwies den Berliner Vertrag einem Ausschusse, dessen Mehrheit übrigens für die Genehmigung war: sowohl Sturm, der die Verwerfung beantragte, wie Herbst, der die Zustimmung nicht verweigern wollte, sie aber mit einem Tadelsvotum verband, verblieb in der Minderheit. Danach ließ sich die Entscheidung des Hauses mit Sicherheit voraussehen. Sie erfolgte erst am 27. Januar 1879 nach neuntägiger Debatte: mit 154 gegen 112 Stimmen wurde die Genehmigung beschlossen und nur eine Resolution des Abgeordneten Scharschmidt noch hinzugefügt, welche die ernststen finanziellen Folgen und die staatsrechtlichen Schwierigkeiten, zu denen die Okkupation Anlaß geben werde, hervorhob. Die Mehrheit bestand aus der Rechtspartei, den Polen, dem Centrum und einem kleinen Teil der Linken, dem auch die Minister sich anzuschließen kein Bedenken trugen; denn während der Debatten war das Tischtuch zwischen ihnen und der Verfassungspartei vollends durchschnitten worden: Sturm hatte namens der Mehrheit der Linken unter stürmischem Beifall der Gallerien die Minister aus der Verfassungspartei gleichsam ausgestoßen.

Bruch des öster-  
reichischen Mi-  
nisteriums mit  
der Linken.

Ministerium  
Stremayr.

Die Frage war nun, ob andere Persönlichkeiten imstande sein würden die alte Mehrheit noch einmal wiederzusammenzukitteln. Versuche, die Graf Taaffe, der Statthalter von Tirol, in dieser Richtung machte, mißlangen; dagegen brachte Stremayr am 18. Februar 1879 wirklich ein Kabinett zustande, in dem de Bretis die Finanzen behielt, Taaffe das Innere, Chlumetzky den Handel, Horst das Militär, Graf Mansfeld den Ackerbau übernahmen und dem der Pole Ziemiakowski ohne Portefeuille beitrug. Stremayr erklärte sofort, daß dieses Ministerium es nur als seine Aufgabe betrachte die Geschäfte bis zum Zusammentritt des neuzuwählenden Abgeordnetenhauses fortzuführen, und daß es demgemäß nur um Unterstützung bei der Abwicklung der noch zu erledigenden Vorlagen bitte. Es handelte sich also besonders um die Beendigung der Budgetberatung; als diese erzielt war, konnte der Reichsrat am 17. Mai geschlossen und wenige Tage darauf das Abgeordnetenhaus aufgelöst werden. Die Delegationen waren in der Zwischenzeit auch noch einmal zusammengetreten, und hatten den früher geforderten böhmischen Nachtragskredit für 1878, der indessen noch um 5 Millionen erhöht war, sowie für 1879 die gleichfalls gesteigerte Bedarfssumme von 35 $\frac{1}{2}$  Million bewilligt, die ungarische mit der Bedingung, daß auch der Pester Reichstag den Berliner Vertrag noch nachträglich genehmige, was am 27. März mit 208 gegen 54 Stimmen geschah.

Von dem Ausfall der Wahlen in Cisleithanien hing nun wieder einmal die Entscheidung über die Fortdauer des Regierungssystemes ab,

das seit  
genossen  
Liberalis  
dem verfe  
Entfremd  
angensche  
formellen  
Umbau  
Ohne de  
an; aber  
als bis  
wie mit  
sie zu  
noch bes  
und der  
wonach  
sollten;  
Ergebnis  
Entscheid  
staatsrec  
fassung  
hielt die  
lage for  
Folge  
Kaiser  
und die  
und Zie  
Grafen  
heim un  
wichtig  
U  
riums  
„aus C  
willigte  
daß de  
schluß  
verließ  
Rom,  
großen  
es war  
Bei ein  
in Ga  
Bisma  
Vertra  
gegen

das seit 1871 das Vertrauen des Kaisers und der deutschen Bevölkerung genossen hatte. Auf einen so glänzenden Wahlsieg wie 1873 wagte der Liberalismus diesmal von vornherein nicht zu hoffen; zwischen ihm und dem verfassungstreuen, aber konservativen Großgrundbesitz war eine starke Entfremdung eingetreten, und es konnte leicht gelingen, was Graf Taaffe augenscheinlich wünschte, eine Mehrheit zustande zu bringen, welche den formellen Fortbestand der Verfassung nicht antastete, wohl aber ihren Umbau und ihre Handhabung im Sinne des Föderalismus anstrebte. Ohne den Eintritt der Tschechen in den Reichsrat ging das freilich nicht an; aber diese zeigten sich schon seit längerer Zeit viel weniger spröde als bisher und hatten vertrauliche Verhandlungen sowohl mit Taaffe wie mit den liberalen Deutschböhmen angeknüpft. Mit letzteren kamen sie zu keinem Ergebnis; Taaffe aber errang einen ersten, wenn auch noch beschränkten Erfolg dadurch, daß er ein Kompromiß der feudalen und der verfassungstreuen böhmischen Großgrundbesitzer vermittelte, wonach jene 10, diese aber 13 Mitglieder in den Reichsrat schicken sollten; eine gleichartige Verständigung wurde in Mähren erzielt. Das Ergebnis der Wahlen, die am 12. Juli zu Ende gingen, legte die ganze Entscheidung in die Hand der Tschechen; traten sie ein, so zählte die staatsrechtliche und föderalistische Partei mindestens 177, die verfassungstreue höchstens 176 Mitglieder; blieben sie wieder fern, so erhielt die letztere dadurch eine starke Mehrheit. Angesichts dieser Sachlage konnte über ihren Eintritt kein Zweifel obwalten und die nächste Folge mußte sein, daß das Ministerium **Stremayr** zurücktrat. Der Kaiser übertrug dem Grafen Taaffe die Bildung eines neuen Kabinetts, und dieser berief vorläufig am 12. August 1879 neben Stremayr, Horst und Ziemialkowski, die unter ihm zu bleiben bereit waren, den feudalen Grafen Falkenhayn, den verfassungstreuen Freiherrn von Korb-Weidenheim und den Tschechen Pražak an seine Seite, während er einige der wichtigsten Portefeuilles, besonders das der Finanzen, noch offen hielt.

Überraschender als diese Umwandlung des cisleithanischen Ministeriums war es, daß zwei Tage nachher, am 14. August, Graf Andrássy „aus Gesundheitsrücksichten“ seine Entlassung erbat. Der Kaiser bewilligte sie „mit Widerstreben“ und mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß des Grafen staatsmännisches Wirken damit noch nicht seinen Abschluß gefunden habe. Ehe Andrássy aber wirklich das auswärtige Amt verließ und in der Person des Barons Haymerle, des Botschafters in Rom, einen Nachfolger erhielt, vollzog sich noch ein Ereignis, das der großen Politik für die nächsten Jahre den Stempel aufdrücken sollte: es war dies der Abschluß des deutsch-österreichischen Schutzbündnisses. Bei einem Besuche, den Andrássy am 28. August dem Fürsten Bismarck in Gastein abstattete, mochten die Grundzüge vereinbart sein; während Bismarcks Aufenthalt in Wien vom 21.—24. September wurde der Vertrag unterzeichnet. Die Spitze desselben lehrte sich ohne Zweifel gegen russisch-französische Angriffspläne und Bündnisgelisten, wie sie

Die österreichischen Wahlen.

Ministerium Taaffe.

Rücktritt Andrássy.

Deutsch-österreichisches Bündnis.

gerade in diesen Wochen im Werke zu sein schienen; dem deutschen Kaiser wurde es gleichwohl schwer an der Friedensliebe seines russischen Neffen zu zweifeln, und er schwankte ernstlich, ob er seinem Kanzler gestatten solle eine Politik zu verfolgen, die zum offenen Bruche mit Rußland zu führen drohte. Diese Schwankungen werden, soweit sie überhaupt an die Öffentlichkeit gedrungen sind, weiterhin zur Darstellung kommen; das Ende war doch, daß am 15. Oktober auch Kaiser Wilhelm dem Bündnis mit Österreich seine Zustimmung erteilte.

Eröffnung des Reichsrats.

Da der österreichische Reichsrat schon am 8. Oktober zusammengetreten war, konnte man in der Thronrede keinerlei Andeutung des engeren Verhältnisses zu Deutschland finden; sie sprach nur von der erfreulichen Aussicht auf eine günstige Regelung der Handelsbeziehungen beider Länder. Mit lebhafter Befriedigung begrüßte der Kaiser den Eintritt der Tschechen, die unbeschadet ihrer Rechtsüberzeugung diesmal vollzählig seinem Rufe gefolgt seien; in einer Privataudienz gab er Clam-Martiniß und Kieger die Versicherung seines Wohlwollens für die tschechische Nation, empfahl ihnen aber auch ein maßvolles Auftreten. Die Rechtsverwahrung, welche in beiden Häusern von den Tschechen übergeben wurde, veranlaßte im Herrenhause Schmerling zu einer Gegenverwahrung, während das Abgeordnetenhaus sie schweigend anhörte.

Die Parteigruppierung.

Die neue Parteigruppierung in der zweiten Kammer wurde zuerst bei der Wahl der Vizepräsidenten erprobt; nachdem Graf Coronini fast einstimmig zum Vorsitzer erwählt war, siegten der Pole Smolka und der Slowene Goedel-Lannoy mit 180 gegen 172 Stimmen über die Kandidaten der deutschliberalen Partei. Da etwa 40 Mitglieder des Hauses keiner Fraktion beitraten, so war das Stimmenverhältnis allerdings kein ganz festes: die Opposition bestand aus 91 Liberalen und 54 Fortschrittlern, die Mehrheit aus 57 Mitgliedern des rechten Centrums, 57 Polen und 54 Tschechen; auf die neun Stimmen, die noch an der absoluten Majorität fehlten, konnten diese drei Gruppen aber stets aus der Mitte der Wilden rechnen. Dagegen war die Opposition, wenn sie nur fest zusammenhielt, stets in der Lage Verfassungsänderungen, die eine Zweidrittelmehrheit erforderten, zu verhindern, und da im Herrenhause die Verfassungspartei eine zweifellose Mehrheit hatte, so konnte eine bessere Defensivstellung kaum gewünscht werden.

Die Adreßdebatten.

Bei den Adreßdebatten erklärte das Ministerium daher auch in beiden Häusern, daß es keine Abänderung der Verfassung beantragen oder unterstützen werde; im übrigen aber stellte es sich durchaus auf die Seite der föderalistischen Parteien. Im Herrenhause stimmte Taaffe allerdings schließlich für den Entwurf, den Hasner namens der Verfassungspartei eingebracht hatte; allein den entscheidenden Satz desselben, welcher den Eintritt der Tschechen als eine Anerkennung des Rechtsbodens der Verfassung bezeichnete, wies er zurück und stimmte für ein Amendement Hübners, das nur von einer Anerkennung der Verfassung als des Bodens zu gemeinsamem gesetzgeberischen Wirken

sprach. S  
steriums  
den Hübn  
lehnt wur  
nachdrück  
der durch  
geachtet e  
die dem  
stimmten  
angenomm  
Wid  
in den  
welche di  
auf 10  
10 Jahre  
kannte, d  
Zweidritt  
Linken.  
ihre Ein  
war in  
der Mein  
rungsfor  
eine Bern  
knüpfen;  
rium die  
Das Erg  
Regierun  
jährige C  
13. Deze  
klärt hat  
der Bern  
wiederho  
mit allen  
dem grö  
von ihm  
Abstimm  
Sitzung  
Der For  
bittert, d  
und die  
aufkündi  
Bis  
Parteien  
durchzuf  
Weistan



sprach. Auch die Erzherzöge, die während der ganzen Zeit des Ministeriums Auersperg niemals im Hause erschienen waren, stimmten für den Hübnerschen Antrag, der jedoch mit 78 gegen 59 Stimmen abgelehnt wurde. Im Abgeordnetenhause betonte der Ministerpräsident sehr nachdrücklich, daß er keiner Partei diene, sondern lediglich die Versöhnung der durch langen Kampf entfremdeten Parteien anstrebe; allein demungeachtet empfahl er den Adressentwurf der Mehrheit, für welchen auch die dem Hause angehörenden Minister, selbst Stremayr und Horst, stimmten und der am 31. Oktober 1879 mit 176 gegen 162 Stimmen angenommen wurde.

Wichtiger als diese programmartigen Kundgebungen der Parteien in den Adreßdebatten war ihre Stellung zu der Wehrgezetvorlage, welche die Regierung einbrachte. Diese forderte die Fortdauer der 1868 auf 10 Jahre bewilligten Kriegsstärke von 800 000 Mann für fernere 10 Jahre und gab, da die Verfassung nur die jährliche Bewilligung kannte, die zehnjährige also eine Verfassungsänderung einschloß und die Zweidrittelmehrheit nötig machte, die Entscheidung in die Hände der Linken. Gleich bei diesem ersten wichtigen Anlaß vermochte nun diese ihre Einigkeit nicht zu bewahren. Ein kleiner Teil ihrer Mitglieder war in Übereinstimmung mit der Verfassungspartei des Herrenhauses der Meinung, daß die patriotische Pflicht die Bewilligung der Regierungsforderung erheische; ein anderer Teil wollte seine Zustimmung an eine Verminderung der Friedenspräsenz von 255 000 auf 230 000 Mann knüpfen; die meisten endlich glaubten einem so unzuverlässigen Ministerium die Bewilligung höchstens auf drei Jahre aussprechen zu dürfen. Das Ergebnis der Abstimmung war denn auch, daß die Vorlage der Regierung nur 174 gegen 155 Stimmen erhielt und damit die zehnjährige Gültigkeit abgelehnt war. Auch nachdem das Herrenhaus am 13. Dezember sich einstimmig für die Forderung des Ministeriums erklärt hatte, blieben im Abgeordnetenhause 133 gegen 180 Stimmen bei der Verwerfung. Allein als das Herrenhaus sein Votum nochmals wiederholte und eine von beiden Häusern gewählte Ausgleichskommission mit allen gegen eine Stimme gleichfalls die Annahme empfahl, entfiel dem größeren Teil der Liberalen der Mut zu weiterem Widerstande; 42 von ihnen schlugen sich zur Regierungspartei, 10 enthielten sich der Abstimmung und so kam am 20. Dezember nach einer stürmischen Sitzung mit 223 gegen 105 Stimmen die Zweidrittelmehrheit zustande. Der Fortschrittsklub aber war über diesen Abfall der Liberalen so erbittert, daß er die engere Gemeinschaft, die er bisher mit jenen gepflogen und die in einem gemischten Ausschuß ihren Ausdruck gefunden hatte, aufkündigte und sich auf sich selbst zurückzog.

Bis soweit hatte das Ministerium Taaffe sein Programm über den Parteien stehen und nur der Versöhnung dienen zu wollen so ziemlich durchzuführen vermocht. Allein die Gruppen der Rechten, von deren Beistand es doch abhängig war, wurden allmählich ungeduldig und kamen

Die Wehrgezetvorlage.

Spaltung der Liberalen.

mit Forderungen, bei deren Erfüllung von Parteilosigkeit nicht mehr die Rede sein konnte. So hatten die Tschechen schon am 16. November 1879 dem Monarchen persönlich ein Memorandum überreichen lassen, in welchem sie die Beschränkung der deutschen Sprache vor Gericht, in der Verwaltung und in der Schule verlangten, und zwar in solchem Umfange, daß deutsche Beamte, die des Tschechischen nicht mächtig waren, selbst in rein deutschen Bezirken Böhmens, Mährens und Schlesiens nicht mehr hätten verwendet werden können. Die Forderungen des Polenklubs, in dem die galizischen Großgrundbesitzer den Ton angaben, bezogen sich vornehmlich auf die beabsichtigte Regulierung der Grundsteuer, die sie mit einer erheblich höheren Summe als bisher treffen mußte, wenn der wirkliche Ertragswert ihrer Ländereien zu Grunde gelegt wurde, und die zu verschleppen womöglich aber ganz zu vereiteln deshalb ihr Wunsch war. Die Rechtspartei endlich, die ja überwiegend aus Ultramontanen bestand, trachtete in erster Linie danach die liberale Schulgesetzgebung wieder rückgängig zu machen, indem sie durch einen Antrag Lienbachers einerseits die Schulpflicht auf sechs Jahre zu beschränken suchte, andererseits die Kompetenz in der Schulgesetzgebung den Landtagen zuweisen wollte. Allen diesen Forderungen mußten diejenigen Mitglieder des Ministeriums, die von Haus aus der Verfassungspartei angehört hatten, widerstreben, und deshalb war es der gemeinsame Wunsch der Majoritätsparteien dieselben zu stürzen. Im übrigen waren dieselben jedoch keineswegs vollkommen einig; besonders in der Grundsteuerfrage stießen die Forderungen der Polen auf Widerstand bei der Rechtspartei, weil die Landesteile, aus denen deren Mitglieder vorwiegend stammten, um so viel schwerer belastet werden mußten, wie die Polen ungebührlicher Weise erleichtert wurden. Infolgedessen wurde denn auch die Grundsteuervorlage am 7. Februar 1880 in einer Fassung angenommen, die den Hoffnungen der Polen einen schweren Stoß versetzte ohne sie jedoch zu vernichten; es wurde nämlich beschlossen, daß die Gesamtsteuersumme auf die einzelnen Länder verteilt werden solle, wodurch ungerechte Bevorzugungen zwar viel augenfälliger, aber doch keineswegs ausgeschlossen wurden; die Feststellung der Gesamtsumme und die Verteilung auf die einzelnen Länder wurde einer neuen Kommission überwiesen. Allen drei Gruppen der Mehrheit gemeinsam war der Wunsch das Ministerium noch mehr in ihrem Sinne umzugestalten, und Taaffe kam ihnen einen ersten Schritt entgegen, indem er das Kultusministerium, welches Stremayr bisher neben der Justiz verwaltet hatte, am 17. Februar dem Freiherrn Konrad von Gybesfeld, die Leitung der Finanzen, die bisher ein Sektionschef des Ministeriums, von Chertel, geführt hatte, dem Baron Kriegssau übertrug, der einst unter Belcredi Staatssekretär gewesen war. Außerdem wurden die Tschechen durch eine Reihe von Abschlagszahlungen beruhigt, indem Personalveränderungen in ihrem Sinne vorgenommen, Geldmittel für ihre Schulen bewilligt und am 27. April durch eine Verordnung Taaffes und Stremayrs die Behörden

Die Sprachenfrage.

Regulierung der Grundsteuer.

Schulgesetzgebung.

Ministerwechsel.

angewiesen  
teilen. E  
beantragte  
Grafen  
sprache zu  
sich die  
gab beide  
Deutschöpf  
setzte die  
mittel zu  
heit einer  
in Karlsb  
das die  
Minister,  
für Stren  
unerträgl  
Freiherr  
Gleichzeit  
heit geze  
Dunajew  
damit ne  
aber doc  
Przafat  
wurden,  
darauf  
den Wid  
listischen  
wurde d  
kowitz er  
verfassun  
starke L  
Stärke  
des Her  
Pairs v  
De  
listen er  
bevölker  
gegen u  
Vertrete  
zu üben  
zu befür  
gestoßen  
dämmen  
seit Ende  
und da

angewiesen wurden auf tschechische Eingaben tschechischen Bescheid zu erteilen. Eine Diskussion und eventuell eine Ausschußberatung, die Herbst beantragte, wurde von der Mehrheit abgewiesen und ein Antrag des Grafen Wurmbbrand, die deutsche Sprache verfassungsmäßig zur Reichssprache zu erklären, einfach von der Tagesordnung abgesetzt. So spitzten sich die Gegensätze immer mehr zu; ein Besuch des Kaisers in Prag gab beiden Nationalitäten Gelegenheit zu lebhaften Demonstrationen; die Deutschösterreicher gründeten den Schulverein, der es sich zur Aufgabe setzte die deutsche Schule, überall wo sie gefährdet wurde, durch Geldmittel zu unterstützen; im böhmischen Landtag faßte die deutsche Mehrheit einen Beschluß gegen die Sprachenverordnung; Parteitage in Brünn, in Karlsbad, in Wien erließen scharfe Erklärungen gegen das Ministerium, das die Einheit der Monarchie zu untergraben im Begriff sei. Für die Minister, welche aus der Verfassungspartei hervorgegangen waren, also für Stremayr, Horst und Korb-Weidenheim, war diese Lage schon im Juni unerträglich geworden; sie legten ihre Ämter nieder und an ihre Stelle traten Freiherr von Streit, Graf Welfersheimb und Ritter Kremer von Auenrode. Gleichzeitig schied auch Kriegs-Min., der wenig parlamentarische Gewandtheit gezeigt hatte, wieder aus und die Finanzen wurden dem Polen Dunajewski übertragen. Wirklich befriedigt war die Mehrheit aber auch damit noch nicht; erst als am 14. Januar 1881 die beiden farblosen, aber doch deutschen Minister Streit und Kremer durch den Tschechen Brazat als Justiz- und den Italiener Pino als Handelsminister ersetzt wurden, ließen sich die Föderalisten daran einigermaßen genügen. Bald darauf besiegte der Rücktritt des Reichsratspräsidenten Coronini auch den Widerspruch, daß ein Mitglied der Verfassungspartei trotz der föderalistischen Mehrheit den Vorsitz im Abgeordnetenhaus führte; statt seiner wurde der Pole Smolka Präsident, für diesen der tschechische Fürst Lobkowitz erster Vizepräsident. Durch die Ungültigkeitserklärung von drei verfassungstreuen Wahlen des oberösterreichischen Großgrundbesitzes und starke Beeinflussung der Neuwahlen hatte die Mehrheit ihre geringe Stärke auch ein wenig gebessert, während die autonomistische Minderheit des Herrenhauses nach und nach durch Ernennung von etwa 50 neuen Pairs vergrößert wurde.

Dennoch gab es immer noch einen wunden Punkt, der die Föderalisten ernsthaft beunruhigte. In den deutschen Provinzen sah die Bauernbevölkerung der Grundsteuerregulierung mit wachsender Aufregung entgegen und begann durch die Gründung von Bauernvereinen auf ihre Vertreter, die für die Mehrheit unentbehrlich waren, einen starken Druck zu üben. Befriedigte man ihre Forderungen nicht, so war ihr Abfall zu befürchten; berücksichtigte man sie aber, so wurden die Polen zurückgestoßen. Vergebens bemühte die Regierung sich die Bewegung einzudämmen; in den deutschen Alpenländern und in Deutsch-Böhmen kamen seit Ende 1880 Versammlungen, die nach Tausenden zählten, zustande, und das Ministerium mußte darauf verzichten sie zu untersagen. In

Verstärkung  
der Gegensätze.

Neuer Minister-  
wechsel.

Die Grund-  
steuerregulie-  
rung.

der Grundsteuerkommission aber, die Ende 1880 ihre Arbeiten beendete, erreichten die Polen vollkommen ihre Absichten: der Durchschnittssteuersatz für Galizien wurde geringer als der dritte Teil des österreichischen oder steirischen bemessen; auch in Böhmen, das allerdings bisher zu hoch veranlagt war, wurde er vermindert und dadurch ein Teil der Deutschböhmen für den Entwurf gewonnen: um die Alpenprovinzen einigermaßen zu beruhigen schlug man vor die sie treffende Erhöhung nur nach und nach vorzunehmen. Wirklich kam das Gesetz auf dieser Grundlage zustande und erhielt, da Herbst mit den Deutschböhmen dafür stimmte, am 26. März 1881 sogar eine starke Zweidrittelmehrheit.

Die Schulfrage.

Wie in dieser wichtigen materiellen Frage unterlag der deutsch-ultramontane Teil der Majorität auch in der Schulfrage. Der Unterrichtsminister von Conrad wollte von der Aufhebung der achtjährigen Schulpflicht nichts hören, und wenn das Abgeordnetenhaus den Lienbacher'schen Antrag am 25. Februar mit 13 Stimmen annahm, so lehnte ihn das Herrenhaus wenige Wochen später und in veränderter Form im Dezember 1881 nochmals ab. Ebenso wenig Glück hatte Lienbacher mit einem Antrag auf Erweiterung des Wahlrechts, dem sich sogar der Obmann der Rechtspartei, Graf Hohenwart, widersetzte. Dies führte endlich zum Austritt von 27 deutsch-österreichischen Mitgliedern aus dem Hohenwart'schen Klub: im November 1881 konstituierten sie sich unter Führung des Fürsten Alfred Liechtenstein und Lienbacher's als besondere Centrumspartei. Lag dabei auch keineswegs die Absicht zu Grunde sich von der Gesamtheit der Rechten zu trennen, so wurden deren Verhältnisse dadurch doch verwickelter, und der deutsche Charakter der neuen Gruppe konnte ihr Auftreten unter Umständen bedeutsam beeinflussen.

Spaltung der  
Rechtspartei.

Erfreulicher noch war es, daß die Verfassungspartei ihre Zerklüftung, die Folge der Abstimmung über das Wehrgesetz im Herbst 1881, dank dem wachsenden Übermute der Tschechen, die bei jeder Forderung auf die Unterstützung der Mehrheit zählen konnten, wieder überwand. Der eifrigste Wunsch der Tschechen war auf eine Teilung der Universität Prag in eine deutsche und eine tschechische Hochschule gerichtet; das Abgeordnetenhaus hatte sich schon im Sommer 1880 dafür ausgesprochen, die Regierung aber lange geschwankt; allein am 11. April 1881 erwirkte es doch die Genehmigung des Kaisers und ein Gesetzentwurf vom 11. Mai erkannte der neuen Akademie gleichen Anteil an dem Stiftungsvermögen der bisherigen Universität zu. Kaum war dies geschehen, so begannen zwischen den tschechischen und deutschen Studenten die ärgerlichsten Streitereien, die sich Ende Juni zu förmlichen Überfällen und Schlachten steigerten und die schlimmsten Exzesse auch gegen die übrige deutsche Bevölkerung Prags im Gefolge hatten. Entrüstete Proteste der deutschböhmischen Abgeordneten und eines deutschliberalen Abgeordneten-tages in Wien bewiesen, daß diese Vorgänge von den Deutschen nicht gelassen hingenommen wurden; die Regierung selbst hielt es am Ende für nötig die Eröffnung der tschechischen Universität um ein Halbjahr

Die Prager  
Universität.

zu verchi  
von Krau  
rechthaltun  
Verfassung  
Betonung  
einheitliche  
schmelzen,  
Linken zu  
Sturm, K

Für  
den Liechte  
trat doch  
gegen eine  
des Petrol  
brachte jet  
herstellung  
ausschüffe  
beschränke  
wie Lienb  
zahlten, a  
23. März  
Großgrund  
Versamm  
deutschgefi  
in die W  
fast imme  
24. Mai  
mal auch  
28 von 6

Für  
müssen u  
wieder di  
die Linke  
das allge  
neue Vol  
mit ein p  
femitenber  
Coronini  
im Dezen  
seinem B

Dies  
weder sla  
liener, di  
ausmacht  
den Deut

zu verschieben, und durch die Ernennung des Feldmarschalleutnants von Kraus zum Statthalter sich eine bessere Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu verschaffen. Die beiden Fraktionen der Verfassungspartei aber traten in Verhandlungen um sich unter stärkerer Betonung des nationalen Charakters, neben der die Verteidigung des einheitlichen Staatsgedankens jedoch nicht zurücktreten sollte, zu verschmelzen, und so kam am 19. November 1881 der Klub der Vereinigten Linken zustande, dessen Vorsitz Chlumezky übernahm, während Herbst, Sturm, Kopp und Tomaszek neben ihm den Vorstand bildeten.

Die Vereinigung der Linken.

Für die Regierung lag darin eine Aufforderung alles zu thun um den Lichtensteinschen Klub wieder fester mit der Mehrheit zu verbinden; trat doch Anfang 1882 die Gefahr nahe, daß derselbe mit der Linken gegen eine wichtige finanzielle Forderung der Regierung, die Erhöhung des Petroleumzolles, stimmen würde. Trotz seiner früheren Erklärungen brachte jetzt der Unterrichtsminister ein Gesetz ein, welches die Wiederherstellung der konfessionellen Schule anbahnen und den Gemeindeausschüssen das Recht geben sollte die Schulpflicht auf sechs Jahre zu beschränken; auch erklärte sich Taaffe bereit das Wahlrecht in den Städten, wie Lienbacher beantragte, auf alle, welche 5 Gulden direkter Steuern zahlten, auszudehnen, und das Abgeordnetenhaus beschloß demgemäß am 23. März 1882. Gleichzeitig wurde das Wahlgesetz für die böhmischen Großgrundbesitzer dahin abgeändert, daß diese künftig nicht mehr in einer Versammlung, sondern in fünf Kurien wählen sollten; dadurch wurde die deutschgesinnte Majorität so ungünstig verteilt, daß sie in vier Kurien in die Minderheit kam. Auch das Herrenhaus, dessen Mehrheit jetzt fast immer auf Seiten der Regierung stand, nahm diese Vorlage am 24. Mai an. Wenige Tage darauf gerieten die Liberalen zum erstenmal auch bei der Wahl der Delegation in die Minderheit, indem sie nur 28 von 60 Delegierten durchbrachten.

Zugehörnisse an den Lichtensteinsklub.

Für die vereinigte Linke hätten diese Vorgänge Veranlassung sein müssen um so fester zusammenzuhalten; statt dessen machten sich schon wieder die Anzeichen der Abbröckelung und Zerfetzung bemerkbar. Weil die Linke gegen den Antrag der paar Demokraten, die ihr angehörten, das allgemeine Wahlrecht verwarf, schieden jene aus und versuchten eine neue Volkspartei zu gründen; ebenso ging der Abgeordnete Schönerer mit ein paar Anhängern seine eigenen Wege und bemühte sich eine Antisemitischenbewegung in Fluß zu bringen; endlich faßte der frühere Präsident Coronini den Entschluß eine Mittelpartei zu schaffen und hatte damit im Dezember 1882 wirklich Erfolg, indem etwa 20 Abgeordnete unter seinem Vorsitz als besonderer Klub zusammentraten.

Spaltungen in der Opposition.

Diese Mittelpartei stützte sich vorzugsweise auf die beiden kleineren, weder slawischen noch deutschen Nationalitäten, die Ruthenen und Italiener, die etwa 13, bezw. 3 Prozent der cisleithanischen Bevölkerung ausmachten. Beide waren von den Slawen weit mehr bedroht als von den Deutschen. Gegen die Ruthenen führten die Polen mit Hilfe der

Ruthenen und Italiener.

Regierung einen hartnäckigen Unterdrückungskrieg. Die Italiener hatten in Triest allerdings auch die Deutschen zu einflussreichen Gegnern und neigten sich dort in bedenklichem Maße der italienischen Irredenta zu; doch war der Gegensatz trotz der Agitationen dieses Bundes und trotz der Attentate, mittels deren derselbe im Herbst 1882 die Feier der 500jährigen Verbindung Triests mit dem habsburgischen Hause zu stören suchte, in den letzten Jahren sichtlich schwächer geworden; der Hauptgegner des italienischen Elementes war jedenfalls in Triest fogut wie in Istrien, Görz und Dalmatien das Slawentum, das gleichzeitig auf Kosten der Deutschen in Kärnten, Krain und Steiermark sich zu befestigen suchte. In ihrem prozentmäßigen Anteil an der Bevölkerung gingen die Slowenen allerdings fast überall zurück; allein trotzdem machten sie dank der Unterstützung des Ministeriums große soziale und politische Fortschritte besonders im Schulwesen und in den städtischen Vertretungen. 1883 gelang es ihnen auch im Krainer Landtage die Mehrheit zu gewinnen, und immer kühner forderten sie für die sechs Kronländer, in denen sie wohnten, ein Sprachengesetz, das ihnen die Gleichberechtigung zugestände. Von den Tschechen und Polen im Reichsrate wurde diese Bewegung wohlgefällig gefördert; auch der Justizminister Prazač kam ihr durch Verordnungen nach Kräften zu Hilfe; indessen zeigte sich die deutsche Bevölkerung gleichfalls rührig und fühlte sich in Steiermark und Kärnten ihrer herrschenden Stellung noch sicher.

Die Slowenen.

Dasselbe war in Schlesien der Fall, wo Prazač gleichfalls durch eine Sprachenverordnung den Slawen die Wege zu ebnen suchte, wenn auch mit milderer Entschiedenheit wie in Böhmen und Mähren. In diesen beiden Ländern wurde das Deutschthum immer stärker zurückgedrängt. Neben dem Schulwesen war besonders die Wahlordnung zum Landtage in den Vordergrund des Kampfes getreten, deren verfassungsmäßige Änderung freilich schwer zu erreichen war, da die deutsche Mehrheit auch durch Neuwahlen nicht leicht soweit in die Minderheit gebracht werden konnte, daß die Tschechen über die nötige Dreiviertelmajorität geboten. Dennoch wurde der Versuch dazu 1883 gemacht; die Regierung löste den Landtag auf und mit allen Mitteln wurde nun dafür gearbeitet, tschechische Wahlen zu erzielen. Dem Druck von oben war es zu danken, daß sämtliche 70 Vertreter des Großgrundbesitzes Tschechen oder Feudale waren; da jedoch von den anderen Gruppen 74 Deutsche und 92 Tschechen gewählt wurden, hatten die letzteren zwar eine überwältigende Majorität, aber doch nicht die Dreiviertelmehrheit. Unter diesen Umständen wären sie gern bereit gewesen den Deutschen Zugeständnisse zu machen, um sich dadurch die Vorteile ihrer augenblicklichen Stellung dauernd zu sichern. Rieger schlug deshalb einen „freien Pakt“ vor, der auf eine Abstimmung nach nationalen Kurien im Landtage hinauslief; die Deutschen aber erwiderten, daß sie eher auf eine administrative Zweiteilung des Landes hinarbeiten würden, eine Idee, welche die Tschechen als Vorbereitung zur Vereinigung des deutschen Nordböhmen mit Preußen verunglimpften.

Gleichwohl  
Vorschlag,  
am Reichs-  
zahlreich  
billigt wu-  
sich dazu

Ehe  
Mitte zur  
über die  
die Tages-  
Deutsche  
üblichen  
tragte die  
wurde, d  
tagen zuft  
die Staats-  
hinreichen  
dauerte v  
mit 174  
Lienbacher  
Liechtenst  
Linken st  
größere  
Hause an  
dagegen  
Tage spä  
schen Sp  
mit 14  
Als  
von den  
stellt wu  
prinzipiel  
durchged  
stellte An  
nachbarte  
sition na  
könne.  
Stimmen  
wurde a  
genehmig  
Anarchif  
Wiederh  
Todesur  
Raubmo  
verübt

Gleichwohl machte dieser Gedanke erhebliche Fortschritte, während der Vorschlag, die Deutschen sollten wie früher die Tschechen die Beteiligung am Reichsrat ablehnen und dadurch eine Krisis herbeiführen, auf einem zahlreich besuchten Parteitage im November 1883 nur für den Fall gebilligt wurde, daß auch die Vertreter der anderen deutschen Provinzen sich dazu entschließen könnten.

Ehe die vereinigte Linke im Januar 1884 diese Frage in ihrer Mitte zur Diskussion stellte, wartete sie jedoch den Ausgang der Debatten über die Anträge von Wurmbrand und Herbst ab, die jetzt endlich auf die Tagesordnung gestellt wurden. Gegen Wurmbrands Forderung das Deutsche als Staatsprache anzuerkennen und den Gebrauch der landesüblichen Sprachen im öffentlichen Leben reichsgesetzlich zu regeln beantragte die Mehrheit eine motivierte Tagesordnung, in welcher erklärt wurde, daß das Recht in der Sprachenfrage zu entscheiden den Landtagen zustehe, der Gebrauch des Deutschen als Staatsprache aber, soweit die Staatseinheit es erfordere, durch freiwillige Anerkennung und Übung hinreichend gesichert sei. Die außerordentlich lebhafte Verhandlung dauerte vom 24. bis 29. Januar. Die Tagesordnung der Rechten wurde mit 174 gegen 167 Stimmen abgelehnt, da der Coronini-Klub und Lienbacher mit zwei anderen Klerikalen, die seit Jahresfrist aus dem Liechtenstein-Klub wiederausgetreten und wild geblieben waren, mit der Linken stimmten; aber auch der Wurmbrandsche Antrag fiel, da der größere Teil des Coronini-Klubs und die fünf Minister, welche dem Hause angehörten, bis dahin aber der Abstimmung fern geblieben waren, dagegen votierten; ein Beschluß kam überhaupt nicht zustande. Zwei Tage später wurde der Herbstsche Antrag auf Zurücknahme der böhmischen Sprachenverordnung von 1880 durch Übergang zur Tagesordnung mit 14 Stimmen Mehrheit beseitigt.

Als nach diesen Vorgängen in der vereinigten Linken nun wirklich von den Deutschböhmen der Antrag auf Niederlegung der Mandate gestellt wurde, war die Erbitterung noch so groß, daß die gewichtigen prinzipiellen Bedenken gegen diese zweiseitige Maßregel vielleicht nicht durchgedrungen wären, wenn nicht der eben jetzt von der Regierung gestellte Antrag eine Art von Belagerungszustand über Wien und die benachbarten Bezirke zu verhängen gezeigt hätte, wie leicht die ganze Opposition nach ihrem Austritt aus dem Reichsrat mundtot gemacht werden könne. Dadurch gewarnt beschloß eine Mehrheit von 75 gegen 25 Stimmen auf dem Posten auszuharren. Jene Regierungsvorlage aber wurde am 14. Februar im Reichsrat mit 177 gegen 137 Stimmen genehmigt. Sie war veranlaßt durch das verbrecherische Treiben der Anarchisten, die seit dem Jahre 1879 ein Hauptcentrum in Wien hatten. Wiederholte Angriffe auf Polizeibeamte, Straßenezesse, Drohbrieife und Todesurteile ließen schon seit längerer Zeit die Gefahr erkennen; ein Raubmord, der im Sommer 1882 an einem Schuhmacher Werstallinger verübt wurde, schreckte auch die öffentliche Meinung aus ihrer Ruhe

Die Anträge  
Wurmbrand  
und Herbst.

Ablehnung der  
Abstimmungs-  
politik.

Die Anar-  
chisten.

Anarchisten-  
gesetz.

auf; die schnell aufeinander folgenden Ermordungen der Polizisten Hlubek und Blöck im Dezember 1883 und Januar 1884 veranlaßte endlich das Ministerium zu jenem Antrage, durch welchen die Bestimmungen der Verfassung über Preß- und Vereinsfreiheit, die Beschränkungen der Polizei bei Verhaftungen und Hausdurchsuchungen, die Geschworenengerichte u. s. f. vorläufig außer Kraft gesetzt wurden. Obgleich Taaffe die Versicherung gab, daß die Regierung ihre außerordentlichen Vollmachten nicht gegen politische Parteien ausnutzen werde, stimmte die Linke, die seinen Worten keinen Glauben schenkte, gegen die Anträge. Zu ihrem Vorteil schlug das wohl kaum aus, da es mit Hilfe des Ausnahmezustandes der Polizei bald gelang, die zwei schlimmsten Verbrecher, Kammerer und Stellmacher, in ihre Gewalt zu bekommen und sie nicht bloß der Ermordung Hlubeks und Blöcks, sondern auch einer Reihe von Raubmorden in Straßburg, Stuttgart und Wien zu überführen. Eine große Anzahl von Anarchistenprozessen in anderen Teilen der Gesamtmonarchie, z. B. in Pest, Agram, Graz, Linz, Klagenfurt, enthüllte die Ausdehnung, mehr aber noch die Verworfenheit der verbrecherischen Umtriebe, so daß die Regierung sich Anfang 1885 veranlaßt fand ein Sozialistengesetz nach deutschem Muster und ein Dynamitgesetz vorzulegen. Ähnlich wie im Deutschen Reiche suchte man daneben auch durch die Gesetzgebung die Quellen der Unzufriedenheit zu verstopfen und ähnlich wie dort machten sich auch in Österreich die rückschrittlichen Elemente diese Strömung zu nuzen um Beschränkungen der Gewerbefreiheit, Wiederherstellung des Prüfungswesens, Verbot der Sonntagsarbeit und andere reaktionäre Maßregeln durchzusetzen. Der deutschnationalen Partei that diese sozialistische Bewegung nicht unerheblich Abbruch, da die Arbeiterbevölkerung durch dieselbe von den politisch-nationalen Fragen abgezogen wurde und gegen alles, was mit parlamentarischen Verhandlungen zusammenhing, eine so große Gleichgültigkeit an den Tag legte, daß sie nicht einmal der von den Demokraten angestrebten Einführung des allgemeinen Wahlrechtes Interesse entgegenbrachte.

Begünstigung  
der Tschechen.

Indessen dauerten die nationalen Kämpfe fort und die Regierung gab immer neue Beweise ihrer Parteilichkeit für die Tschechen. So wurde die Prager Handelskammer aufgelöst und durch eine neue Wahlordnung ihre deutsche Mehrheit zerstört, was den Verlust von 2 Reichsrats- und 4 Landtagsitzen zur Folge haben mußte. Ein ähnlicher Schritt, den der mährische Statthalter, Graf Schönborn, in Brünn versuchte, indem er statt der gewählten Deutschen die in der Minorität gebliebenen Tschechen einberief, war aber doch selbst dem Ministerium anstößig; es ordnete Neuwahlen an, in denen die Deutschen des Sieges sicher waren. Dagegen hatten diese ihre Mehrheit im mährischen Landtage schon im Sommer eingebüßt; sie zählten zwar auch jetzt noch 48 Mitglieder und die Tschechen nur 43; aber zwischen beiden stand eine Mittelpartei von 8 Großgrundbesitzern, welche die Entscheidung in der Hand hielt. Auch sonst waren die Landtagswahlen von 1884 für die

Die Landtags-  
wahlen von  
1884.

Verfassung  
Rumänen,  
reich, Sch  
den Sieg  
es bei d  
nicht erne  
Krain die  
dieselben  
einen bes  
teten Tsch  
in der a  
schwächer  
sich u. a.  
Die  
bisherige  
teien ben  
auf die  
wiederhol  
die Deut  
die lange  
die Klerik  
Trennung  
slawischer  
der Kaiser  
der größ  
sechs Jah  
welche d  
siden er  
die Beso  
vorgeho  
Zollgebie  
die Regu  
wirtschaft  
Eisenbah  
Reihe vo  
von dem  
von den  
zen, vo  
nicht di  
nicht in  
grund z  
national  
stitution  
Wahlau  
neben d

Wulle



Verfassungspartei schlecht ausgefallen; in der Bukowina gewannen die Rumänen, in Oberösterreich die Klerikalen die Mehrheit; in Niederösterreich, Schlesien, Kärnten und Steiermark behaupteten die Liberalen zwar den Sieg, aber doch mit Verlusten; in Salzburg und Vorarlberg blieb es bei der klerikalen Mehrheit. Was die übrigen Landtage, die 1884 nicht erneuert wurden, anlangt, so erhoben in Dalmatien, Istrien und Krain die slawischen Mehrheiten in bezug auf Schule und Amtssprache dieselben Forderungen wie die Tschechen; in Tirol verlangten die Italiener einen besonderen südtirolischen Kreistag; in Böhmen und Galizien benutzten Tschechen und Polen ihr Übergewicht über Deutsche und Ruthenen in der alten Weise aus; der Widerstand der letzteren wurde ersichtlich schwächer, während die Deutschen den Kampf energisch fortsetzten und sich u. a. in dem Böhmerwaldbunde eine neue Stütze schafften.

Die Winteression von 1884 auf 1885 war die letzte, welche der Der Reichsrat. bisherige Reichsrat vor sich hatte; die Regierung sowohl wie die Parteien benutzten daher jede Gelegenheit um ihren Standpunkt im Hinblick auf die Neuwahlen scharf zu betonen. Dunajewski und Taaffe selbst wiederholten die alte Versicherung, daß sie über den Parteien ständen; die Deutschliberalen, besonders der Böhme Knoz, zählten demgegenüber die lange Reihe von Beschwerden auf, über die sie zu klagen hatten; die Klerikalen gaben die feierliche Versicherung ab, daß sie trotz einzelner Trennungen von der Rechten nicht „im Traume daran dächten, mit ihren slawischen Brüdern zu brechen“ u. s. f. In der Thronrede, mit welcher der Kaiser den Reichsrat am 22. April 1885 schloß, wurde mit dem Tone der größten Befriedigung zusammengestellt, was in den abgelaufenen sechs Jahren erreicht sei. Es wurde der Militärgesetze gedacht, durch welche die Wehrkraft des Reiches gestärkt und das Schicksal der Invaliden erleichtert sei; die Wahlreform, die auf das Unterrichtswesen und die Besoldung der Geistlichen bezüglichen Gesetze wurden rühmend hervorgehoben; die Aufnahme Bosniens in das österreichisch-ungarische Zollgebiet, die Revision des Tarifes, der Abschluß von Handelsverträgen, die Regulierung der Donau bei Wien, die neue Gewerbeordnung, landwirtschaftliche Gesetze mannigfacher Art, der Bau oder Ankauf zahlreicher Eisenbahnen, die Ausführung des Arlbergtunnels bildeten eine stattliche Reihe von wirklichen oder angeblichen Fortschritten, bei deren Aufzählung von den schlimmen Vorkommnissen der abgelaufenen Reichsratsperiode, von den Eisenbahnskandalen, von der Überlastung der deutschen Provinzen, von den parteiischen Eingriffen in die Wahlordnungen natürlich nicht die Rede war. Dafür unterließ es dann die vereinigte Linke nicht in ihrem Rechenschaftsberichte die Schattenseiten in den Vordergrund zu rücken und die Schädigungen, welche die Staatseinheit, das nationale Interesse der Deutschen, die freiheitlichen und kulturellen Institutionen erlitten, stark zu betonen. In demselben Sinne waren die Wahlaufrufe der Verfassungspartei in den einzelnen Ländern gehalten; neben dem böhmischen und mährischen hob sich besonders der steirische

Die Wahl-  
bewegung.

hervor, der von den Abgeordneten der Steiermark verlangte, daß sie wie bisher auf dem äußersten Flügel der Opposition stehen und ihre parlamentarischen Genossen vorwärts drängen sollten. Nirgends gab man sich der Täuschung hin, als ob die Neuwahlen einen Umschwung im Sinne der Verfassungspartei zur Folge haben könnten; stand es doch im voraus fest, daß in Böhmen die tschechische Mehrheit noch bedeutend wachsen werde, während die Deutschen kaum irgendwo erheblich gewinnen konnten; aber man zog daraus nicht die Folgerung, daß der Widerstand vergeblich sei, sondern daß der Kampf um so energischer geführt werden müsse, und die Männer der „schärferen Tonart“, wie man in Böhmen zu sagen pflegte, hatten deshalb alle Aussicht in die Stelle manches gemäßigteren oder minder kampfesfrohen einzurücken.

Ergebnis der Wahlen.

Das Ergebnis der Wahlen, die am 13. Juni beendet wurden, war eine Mehrheit der Rechten von 192 unter 353 Mitgliedern; davon entfielen 67 auf den Tschechen-, 57 auf den Polenklub; die übrigen waren Parteigenossen Hohenwarts und Diechtensteins oder klerikale Wilde wie Lienbacher. Der Coroniniklub konnte auf etwa 22 Italiener, Ruthenen und Großgrundbesitzer rechnen; die Deutschliberalen kehrten, um 15 vermindert, 133 Mann stark zurück; außerdem waren 3 Demokraten und 4 Antisemiten gewählt. Deutscher Nationalität waren im Reichsrate im Ganzen 181; hätte unter ihnen dieselbe Einmütigkeit geherrscht wie unter Tschechen und Polen, so hätten sie die Mehrheit gebildet; allein daran fehlte viel: nicht einmal die vereinigte Linke sollte ihren alten Zusammenhang bewahren. Als nach Beendigung der Wahlen gegen 90 Mitglieder derselben zusammenkamen um ein gemeinschaftliches Programm zu entwerfen, trat der Unterschied zwischen denen, welche in erster Linie die Staatseinheit, und denen, welche vor allem das Deutschtum betonen wollten, bereits an den Tag. In dem Ausschuß, der zur weiteren Beratung eingesetzt wurde, spitzte sich dann der Gegensatz dahin zu, ob man sich den deutsch-österreichischen oder bloß den deutschen Klub nennen wollte. Am 21. September, am Tage vor der Eröffnung des Reichstages, wurde darüber abgestimmt: 71 Mitglieder erklärten sich für deutsch-österreichisch, 47 für deutsch, und die Folge war, daß statt einer sich zwei Fraktionen bildeten, deren Programme sich doch nur durch die mehr oder minder starke Betonung der einzelnen Punkte unterschieden. Natürlich wollte man gute Freundschaft halten und setzte deshalb auch einen gemeinsamen Ausschuß nieder; aber daß die Trennung zugleich eine Schwächung bedeutete, ließ sich doch nicht verkennen.

Beschwerden der Deutschen.

Zunächst hielten übrigens beide Fraktionen fest zusammen. Die Deutschböhmen brachten eine Fülle von neuen Klagen mit in die Hauptstadt. Besonders erbitternd hatte der Überfall eines deutschen Turnvereins durch die Tschechen, der am 24. August 1885 in Königinhof stattgefunden hatte und bei dem die städtischen Behörden schwer kompromittiert waren, gewirkt; dazu kamen besorgniserregende Schlägereien zwischen tschechischen und deutschen Soldaten, aufreizende Reden bei der Ein-

führung  
born, üb  
deutschen  
Adressbe  
machte de  
tungen d  
sich dem  
wenn der  
wurde de  
angenom  
anscheiner  
Anfang  
galt für  
Kluft zw  
brücken.  
lungen de  
die Wich  
hervorho  
in mand  
drohten.  
der Arme  
dem Krie  
Ber  
welche in  
schulen  
über die  
diese Ja  
seit dem  
fest im  
seiner L  
zu verm  
den Nic  
mochte  
Klagen u  
doch kei  
jetzt, wo  
rung de  
tragen  
Mai 18  
der ob  
schulen  
Sachsen  
wiesen  
deutsche  
doch de

führung des neuen Erzbischofs von Prag, des Grafen Franz Schönborn, überhaupt das undeutsche Verfahren des Klerus auch in rein deutschen Landesteilen. In schärfster Tonart führte Knoß bei der Adressdebatte am 19. Oktober Beschwerde über diese Vorkommnisse, machte den Statthalter und das Ministerium selbst für die Ausschreitungen der Tschechen verantwortlich, und drohte daß die Bevölkerung sich dem Ultrakatholizismus oder dem Protestantismus zuwenden werde, wenn der Klerus sein Verhalten nicht ändere. Nach erregten Debatten wurde der Adressentwurf der Mehrheit mit 177 gegen 146 Stimmen angenommen; daselbe geschah im Herrenhaus. Die Regierung stand anscheinend fester da als je; der Rücktritt des Unterrichtsministers, der Anfang November dem Dr. Gautsch von Frankenthurn Platz machte, galt für eine weitere Annäherung an Tschechen und Ultramontane; die Kluft zwischen den Deutschen und dem Ministerium war nicht zu überbrücken. Ein leiser Hoffnungsschimmer zeigte sich für jene bei den Verhandlungen der Delegationen, in denen der Reichskriegsminister Graf Bylandt die Wichtigkeit des einheitlichen Kommandos für die Armee sehr warm hervorhob und mit Besorgnis der nationalen Grundsätze gedachte, die in manchen Kronländern die Volksschulverhältnisse zu beeinträchtigen drohten. Wenn diese Besorgnis wuchs und eine ernstliche Gefährdung der Armeeeinheit in Aussicht stand, mußte der deutschliberalen Partei in dem Kriegsministerium ein einflußreicher Bundesgenosse erstehen.

Bemerkenswerterweise erklärte sich Graf Bylandt von der Fürsorge, welche in Ungarn für die Kenntnis der deutschen Sprache in den Mittelschulen getroffen wurde, durchaus befriedigt, obwohl die deutsche Presse über die Zurückdrängung der deutschen Sprache auch in Ungarn all diese Jahre hindurch viel zu klagen hatte. Aber Koloman Tisza, der seit dem Ausscheiden Szells und dem Eintritt Szaparys wieder ganz fest im Sattel saß, wußte die Grenze, wo die Magyarisierungsgelüste seiner Landsleute das Reichsinteresse zu gefährden begannen, sehr wohl zu vermeiden. Daß er die Kenntnis der magyarischen Sprache auch bei den Nicht-Magyaren durch die Schule zu verallgemeinern beflissen war, mochte vom Standpunkte der Deutschen, Slawen und Rumänen zu beklagen und zu bekämpfen sein: für die österreichische Monarchie lag darin doch keine Gefahr, sondern in mancher Beziehung ein Fortschritt, da jetzt, wo der Dualismus unwiderruflich anerkannt war, die Konsolidierung der östlichen Reichshälfte, zu der die Spracheneinheit mächtig beitragen mußte, ein gemeinsames Interesse bildete. Durch ein Gesetz vom Mai 1879 waren Maßregeln getroffen, wonach binnen weniger Jahre der obligatorische magyarische Unterricht in allen Volks- und Mittelschulen ermöglicht werden sollte. Vergebens vertraten die Siebenbürger Sachsen demgegenüber den nationalen und den Rechtsstandpunkt und wiesen nach, wie verderblich der magyarische Sprachunterricht in rein deutschen Gemeinden auf die allgemeine Bildung der Dorfschüler, die doch den weitaus größten Teil bildeten, wirken müsse; über alle solche

Wechsel im  
Ministerium.Die Militär-  
sprache.Die Sprachen-  
frage in  
Ungarn.

Bedenken setzten sich die Magyaren leicht hinweg und erfreuten sich dabei der Unterstützung sehr vieler Deutsch-Ungarn, die nicht, wie die Siebenbürger, Nationalgefühl dem Nationalgefühl entgegenstellten, sondern nur die unverkennbaren Vorteile der Erlernung der magyarischen Sprache in einem magyarischen Staate ins Auge faßten. Als im folgenden Jahre die ungarischen Heißsporne auch die Beseitigung des deutschen Theaters in Pest und anderen Städten durchsetzen wollten, stießen sie allerdings auf stärkeren Widerstand und mußten ihre Absicht schließlich aufgeben. Die deutschen Siebenbürger dagegen erlitten einen neuen Schlag durch die Verordnung, daß der Hermannstädter Gerichtshof von Neujahr 1881 an alle Akten magyarisch führen solle. Bei ihrer geringen Zahl (kaum 230000 gegenüber 670000 Magyaren und 120000 Rumänen) war ihre Stellung außerordentlich schwierig, ihre Zähigkeit aber um so aner kennenswerter. Übrigens erwachten auch die Rumänen, nicht ohne Einwirkungen aus dem benachbarten Königreiche, mehr und mehr aus ihrer Erschlaffung und begannen für Siebenbürgen eine ähnliche Stellung zu Ungarn zu fordern, wie Kroatien einnahm, ein Verlangen, das freilich auf gütliche Gewährung keine Aussicht hatte und für die Deutschen leicht noch größere Gefahren heraufbeschwören konnte.

Die Rumänen.

Der kroatische Ausgleich.

Den Kroaten gegenüber hatten die Magyaren seit der Okkupation Bosniens, welche die großkroatischen Hoffnungen gewaltig belebte, einen weit schwereren Stand als bisher. Die Erneuerung des Ausgleiches von 1873 war 1879 mißlungen: und als die Verhandlungen auch Anfang 1880 keine Fortschritte machten, legte der Banus Mazuranitsch am 16. Februar sein Amt nieder. Sein Nachfolger Graf Pejacsevich führte dann Ende Mai eine Vereinbarung herbei, welche die finanziellen Verhältnisse unverändert ließ, den Kroaten aber die Einverleibung der Militärgrenze in ihr Königreich zusagte. Ausgeführt wurde dieselbe erst im Juli 1881, nachdem Ungarn den Kroaten sehr günstige finanzielle Bedingungen zugestanden, diese aber sich damit zufrieden gegeben hatten, daß sie nur sieben Abgeordnete mehr als bisher zum Pester Reichstage schickten; der alte Streitpunkt, wem Fiume gehöre, blieb auch diesmal unausgetragen.

Die Militärgrenze.

Wahlen von 1881.

Bei den Neuwahlen von 1881 behauptete sich Tisza abermals mit einer Mehrheit von etwa 50 Stimmen als Sieger; die radikale Linke war freilich um einige Köpfe auf etwa 90 Mitglieder gewachsen, die gemäßigte Opposition auf 60—70 Stimmen herabgegangen; von Vertretern der nichtmagyarischen Nationalitäten drangen außer den Kroaten nur 15 durch, da die künstliche Gruppierung der Wahlbezirke sie fast überall in die Minderheit versetzte. Die Wahlagitation war jedoch lebhaft genug gewesen und hatte die Magyaren nur noch mehr in ihrem Eifer für die Ausbreitung ihrer Nationalität bestärkt; kein Wunder also, wenn die Kämpfe in unveränderter Heftigkeit fort dauerten.

Fiume.

Den Kroaten gegenüber spielte dabei Fiume die Hauptrolle; die Thronrede, mit welcher der ungarische Reichstag eröffnet wurde, kündigte ein Gesetz an, welches dauernd die staatsrechtliche Stellung des wichtigen

Safens v  
lichem Ju  
bank dage  
Oppositio  
in Karlon  
den Bisch  
rend der  
aber aus  
wurde.  
Program  
einmal w  
erklärte,  
westlicher  
der Unte  
Förderun  
risierung  
Gegenden  
durchaus  
Unterrich  
daß er n  
war, der  
Antrage  
von 100  
hauses  
große M  
ein anse  
Verfolge  
ihre Em  
einer en  
wurde n  
Verschw  
Eszlar  
den Gip  
Dörfern  
direkte  
trat die  
Reichste  
durch d  
Unterfu  
Mafel  
Freispre  
wurde.  
Volksm  
schreiten  
Zeit der

Hafens regeln sollte; die Antwortsadresse begrüßte das mit überschwäng-  
 lichem Jubel, während im Agramer Landtag selbst von der Minister-  
 bank dagegen protestiert wurde. Die Serben bekundeten ihre nationale  
 Opposition im Dezember 1881 dadurch, daß sie auf dem Kirchentongreß  
 in Karlowitz den Bischof Stoiković, und als dieser nicht bestätigt wurde,  
 den Bischof Živković mit 53 Stimmen zum Patriarchen wählten, wäh-  
 rend der ungarische Kandidat Angelić nur 11 oder 12 erhielt, schließlich  
 aber aus königlicher Machtvollkommenheit doch zum Patriarchen ernannt  
 wurde. Den Deutschen gegenüber hielt der Kultusminister Trefort sein  
 Programm unverändert aufrecht; der Linken ging dasselbe noch nicht  
 einmal weit genug, sie griff den Minister leidenschaftlich an, weil er  
 erklärte, er wolle Ungarn geistig und materiell „auf dem Pfade der  
 westlichen Civilisation“ zu heben suchen. Daß man in Deutschland bei  
 der Unterdrückung der Sachsen nicht gleichgültig blieb, sondern durch  
 Förderung des Schulvereins und durch polemische Erörterung der Magya-  
 risierungsbestrebungen seine Sympathieen kundgab, erzeugte energische  
 Gegendemonstrationen. Doch trat gerade in dieser Beziehung Tisza  
 durchaus maßvoll auf, und die beantragte obligatorische Einführung des  
 Unterrichts im Deutschen an den höheren Schulen bewies jedenfalls,  
 daß er nicht von jenem blinden Haß gegen die deutsche Sprache erfüllt  
 war, der anderweitig oft genug zu Tage trat, am stärksten wohl in dem  
 Antrage der äußersten Linken, deutsche Firmenschilder mit einer Steuer  
 von 100 Gulden zu belegen, was selbst die Mehrheit des Unter-  
 hauses abwies. Auch bei dem Antisemitismus, der in Ungarn eine  
 große Rolle spielte, wirkte der Deutschhaß nicht unerheblich mit, da  
 ein ansehnlicher Teil der Juden deutsch redete. Der leidenschaftlichste  
 Verfolger derselben, Istoczy, stellte im Februar 1882 sogar den Antrag  
 ihre Emanzipation wieder rückgängig zu machen, womit er aber nach  
 einer energischen Erwiderung Tiszas glänzend durchfiel. Gleichwohl  
 wurde wenige Monate später der antisemitische Fanatismus durch das  
 Verschwinden eines Christenmädchens, der Esther Solomossy, die in Tisza  
 Eszlar von den Juden zu rituellen Zwecken geschlachtet sein sollte, auf  
 den Gipfelpunkt getrieben; zahlreiche Exzesse fanden in Städten und  
 Dörfern statt; besonders arg war die Judenhetze in Preßburg, die auf  
 direkte Anstachelung Istoczys zurückgeführt wurde. Das Ministerium  
 trat diesen Ausschreitungen mit Ernst entgegen und wurde von dem  
 Reichstage durch einen zustimmenden Beschluß unterstützt; trotzdem blieb  
 durch das unglaublich parteiische Verfahren des Richters, welcher die  
 Untersuchung in dem Tisza-Eszlarer Prozeß geführt hatte, ein schwerer  
 Makel an der ungarischen Justiz haften, der auch durch die schließliche  
 Freisprechung der ungerecht Verdächtigten im August 1883 nicht getilgt  
 wurde. Wohl aber entfachte diese noch einmal den Fanatismus der  
 Volksmassen, so daß in Preßburg und anderen Orten das Militär ein-  
 schreiten mußte und der Herbst 1883 für die ungarischen Juden eine  
 Zeit der schwersten Heimsuchung wurde. Die entschiedene Haltung des

Die Serben.

Die Deutschen.

Antisemitis-  
mus.

Ministerpräsidenten vergrößerte die Wut der Antisemiten noch; besonders erbittert waren sie über die Vorlage eines Gesetzes, das die Civilehe zwischen Christen und Juden einführen sollte; Ende November vom Unterhause angenommen, wurde es vom Oberhause mit 6 Stimmen Mehrheit abgelehnt, und da das Unterhaus auf seinem Entschluß beharrte, von den in beispielloser Stärke versammelten Magnaten am 12. Januar 1884 abermals mit 200 gegen 191 Stimmen verworfen, so daß Tisza es vorläufig zurückzog. Für das Oberhaus aber hatte diese Opposition die Folge, daß seine Aufhebung oder wenigstens seine Umgestaltung ungestüm verlangt wurde und das Ministerium sich entschloß die letztere in sein Programm aufzunehmen.

Das Mittel-  
schulgesetz.

Den Bemühungen zur Magyarisierung der Deutschen sollte insbesondere das sogenannte Mittelschulgesetz Vorschub leisten, das die Gymnasien und Realschulen der siebenbürgischen Sachsen nach und nach in die Hände der Ungarn zu bringen bestimmt war. Da dasselbe aber für das ganze Königreich berechnet war und auch den Einfluß der verschiedenen Konfessionen auf die Schulen zu beschränken suchte, so stieß es auch bei den Katholiken und Griechisch-Orthodoxen auf Widerspruch und wurde im März 1882 von dem Unterrichtsausschuß abgelehnt. Fallen ließ es der Minister Trefort deshalb aber nicht, sondern war nur darauf bedacht den Widerspruch der konfessionellen Gegner durch teilweise Umarbeitung zu beheben; zugleich verfolgte er mit verdoppeltem Eifer das Ziel in Siebenbürgen staatliche Volksschulen zu begründen, während der im magyarischen Sinne wirkende „Sachsegraf“ Wächter der sogenannten Nationsuniversität die Verwendung des Nationsvermögens zu Schulzwecken auf jede Weise zu erschweren suchte. Anfang 1883 wurde dann ein umgearbeitetes Mittelschulgesetz dem Reichstage vorgelegt, das in allen Staats-, Gemeinde- und Privatschulen nur die magyarische Unterrichtssprache gestattete und in den konfessionellen, deren es nur 15, darunter 9 sächsische, gab, wenigstens den Unterricht im Magyarischen vorschrieb; außerdem sollten künftig alle Lehrerprüfungen magyarisch abgehalten werden und sich regelmäßig auch auf magyarische Sprache und Litteratur erstrecken. Der Widerstand der Sachsen, Serben und Rumänen war erfolglos, noch weniger nützte ein Berliner Meeting, das gegen die Bergewaltigung der Deutschen protestierte: am 14. April 1883 wurde das Gesetz mit großer Mehrheit angenommen.

Widerstand der  
Sachsen.

Nach diesem bedeutsamen Erfolge schien die Regierung nicht abgeneigt den Sachsen in untergeordneteren Fragen entgegen zu kommen und entthob zunächst den verhassten Sachsegrafen Wächter von seinem Posten. Allein die wichtigsten Forderungen der Universität, (besonders ihr Anspruch auf freie Verfügung über ihr Vermögen verweigerte Tisza. Der zähe Widerstand der Deutschen stieß auf einen ebenso unerschütterlichen Willen bei den Magyaren und bedurfte wohl der moralischen Kräftigung, die ihm durch Sympathieerklärungen aus dem Deutschen Reiche gelegentlich des im August 1884 mit großen Feierlichkeiten begangenen

siebenhun-  
teil wurde  
schläge de  
meinende  
der magy  
eine prop  
wachsen  
rend die  
als 2000  
mindert.  
während  
einer the  
unterstüt  
schränker  
immer n  
national  
verföhne  
wie etw  
nis der  
magyare  
Thatsach  
rischen  
Di  
als der  
mit ma  
in Ugra  
1883  
zureißer  
zwischen  
vorüber  
Schilde  
flachen  
und S  
beim S  
nennur  
Nachde  
hatte o  
handel  
klärte  
Umjch  
starke  
weg;  
Ramb  
Feder  
noch i

siebenhundertjährigen Jubiläums der Einwanderung in Siebenbürgen zu teil wurde; freilich erfolgten auf solche Kundgebungen regelmäßig Gegenschläge der Magyaren, die mehr Schaden anrichteten, als durch wohlmeinende Freunde von draußen genützt werden konnte. So entfaltete der magyarische Schulverein, ganz ähnlich wie der tschechische in Böhmen, eine propagandistische Thätigkeit, welcher sein deutscher Rival nicht gewachsen war; die magyarischen Schulen vermehrten sich beständig, während die deutschen eingingen; in fünfzehn Jahren hatten jene um mehr als 2000 zugenommen, diese dagegen sich um fast die Hälfte, auf 676, vermindert. Auch die Hermannstädter Rechtsakademie wurde geschlossen, während Tresfort sich im Juli 1885 sehr bereit erklärte die Begründung einer theologisch-philosophischen Akademie für die Sachsen finanziell zu unterstützen, weil er dadurch den Besuch deutscher Universitäten einzuschränken und eine Quelle, aus der das Nationalgefühl der Sachsen immer neue Nahrung zog, zu verstopfen hoffte. Eine Ausgleichung des nationalen Gegensatzes wurde in keiner Weise erreicht, und nur wenige versöhnende Züge gab es in dem Hader der beiden ungleichen Gegner, wie etwa das unzweifelhaft ernstliche Bestreben der Regierung, die Kenntnis der deutschen Sprache unbekümmert um das Geschrei der Stockmagyaren in den höheren Bevölkerungsklassen zu verbreiten, oder die Thatsache, daß die Sachsen sich trotz des heißen Kampfes dem ungarischen Staatsgedanken nicht wie die Kroaten feindlich entgegenstellten.

Diese letzteren gerieten mit den Magyaren auf das schärfste zusammen, als der gemeinsame Finanzminister die Anbringung von Wappenschildern mit magyarischer Umschrift neben der kroatischen an den Finanzgebäuden in Agram befohl. Kaum war dieselbe vollzogen, so begannen am 15. August 1883 Volksmassen die Straßen zu durchziehen und die Schilder herabzureißen; die Bewegung war so allgemein, daß der Parteiunterschied zwischen der vermittelnden herrschenden und der großkroatischen Partei vorübergehend völlig schwand, daß der Banus Tiszas Forderung die Schilder wiederanzubringen unbedingt zurückwies und daß es auf dem flachen Lande zu einem förmlichen Aufstande gegen die ungarischen Zoll- und Steuerbeamten kam. Tisza reiste darauf nach Wien und erwirkte beim Kaiser am 2. September die Absetzung des Banus und die Ernennung des Generals Ramberg zum außerordentlichen Kommissar. Nachdem dieser die Wappenschilder unter militärischer Bedeckung wieder hatte anbringen lassen, suchte das Ministerium einzulenken. Tisza verhandelte persönlich mit einigen kroatischen Vertrauensmännern und erklärte sich bereit beim Reichstage zu beantragen, daß Wappen ohne jede Umschrift an die Stelle der doppel Sprachigen treten sollten. Nicht ohne starke Opposition genehmigte der Reichstag am 10. Oktober diesen Ausweg; einige Wochen später wurden auch die außerordentlichen Vollmachten Rambergs wieder zurückgenommen und in der Person des Grafen Rhuen-Hebervary ein neuer Banus ernannt. Die Mehrheit des Landtags, der noch im Dezember zusammentrat, war mit diesem Ausgang, den sie als

Konflikte mit  
den Kroaten.

einen Sieg betrachten durfte, zufrieden; Starzevich freilich und seine Großkroaten, die schon von gänzlicher Losreißung von Ungarn geträumt hatten, gaben ihrer Enttäuschung durch furchtbare Tumulte in den Sitzungen Ausdruck, so daß sie zeitweilig von den Beratungen ausgeschlossen und schließlich der Landtag am 21. Januar 1884 vertagt werden mußte. Bei der Wiedereröffnung im Juni hatten sich die Gemüter soweit beruhigt, daß ungeachtet mancher stürmischen Szenen doch die Verständigung über die Wappenfrage und das Budget zur Annahme gelangten. Daß aber die Erbitterung im Lande noch immer sehr groß war, lehrten die Neuwahlen im September, bei denen Starzevich dreimal gewählt wurde und sein Anhang von 17 auf 24 Abgeordnete stieg; die Verluste trafen jedoch nicht die Regierungspartei, die von 64 auf 70 Mitglieder anwuchs, sondern die sogenannten Unabhängigen und die Wilden. In der Oktobersession wiederholten sich die stürmischen Szenen des Januar; die Mehrheit aber beschloß eine neue Geschäftsordnung um den ewigen Tumulten besser begegnen zu können und bekannte sich zugleich rückhaltloser als je zuvor zu der Union mit Ungarn. Dadurch und durch die Zeichen der Unzufriedenheit, welche der Kaiser bei einem Besuche des Landes im September 1885 den Gegnern der Union, z. B. dem Bischof Stroßmayer, gab, wurde der Groll dieser letzteren von neuem heftig angefaßt, und als der Banus bald darauf die Überführung des kroatischen Archivs nach Pest genehmigte, kam es im Landtage zu Szenen, die alles Dagewesene überboten. Mehrere Abgeordnete vergriffen sich thätlich an dem Banus und wurden darauf nicht allein von der Teilnahme an den Beratungen ausgeschlossen, sondern zwei von ihnen, darunter Starzevich selbst, auch verhaftet und zu dreimonatlichem Gefängnis verurteilt. Die Leidenschaftlichkeit, mit welcher die Parteien in Agram sich gegenüberstanden, hatte ihresgleichen in keinem der übrigen Landtage der gesamten Monarchie.

Innere Gesetzgebung.

Die innere Gesetzgebung und Verwaltung Ungarns machte manchen bedeutenden Fortschritt. Wenn es nicht gelingen wollte des Defizits Herr zu werden, so verminderte sich dasselbe doch langsam, teils infolge neuer Steuern, teils durch die Umwandlung der sechsprozentigen Staatsschuld in eine vierprozentige. Der Eisenbahnbau wurde nicht unbeträchtlich gefördert und das Staatsbahnsystem ausgedehnt. Um der Honved-Armee, der es bedenklich an Offizieren mangelte, aufzuhelfen wurde 1883 eine ungarische Militärakademie begründet; außerdem wurden von den ungarischen Einjährig-Freiwilligen, die in der gemeinsamen Armee dienten, drei Jahrgänge den Honveds überwiesen. Für die Sicherheit auf dem flachen Lande, deren Mangelhaftigkeit sich besonders bei den Judenverfolgungen herausstellte, wurde durch die Reorganisation der Gendarmerie gesorgt. Eine Revision des Gewerbegesetzes zeigte, daß die in Österreich und Deutschland herrschende rückläufige Bewegung auch in Ungarn durchgedrungen war. Die Regierung hatte sich ihr angeschlossen, weil sie die Stimmen der kleinen Gewerbetreibenden bei den Wahlen von

1884 nicht  
von neuen  
die er ge  
gegenüber  
zählten  
benutzte  
Reformen  
Nach der  
Magnaten  
d. h. auf  
wurde die  
das Reich  
Unterhan  
Änderung  
wonach d  
und nach  
begrenzt  
bestimmt  
zember 1  
eine Ma  
tuarische  
Bedenken  
Auf  
monarchi  
bestimme  
keiner de  
durch die  
abgeholt  
wurde e  
auch die  
10. Okto  
schafers  
engen P  
Maghar  
Konflikte  
markt fi  
Eisleith  
streng n  
seine P  
wenig;  
Hoffnung  
Österrei  
auf den  
Überdie  
Land an



1884 nicht verlieren wollte. Der Ausfall derselben bestätigte Tisza von neuem in seiner Stellung; der Majorität von 234 Stimmen, über die er gebot, stand die Linke mit 77, die Rechte mit 60 Mitgliedern gegenüber, während die Antisemiten 17, die nationale Opposition 16 Köpfe zählten und 9 Abgeordnete parteilos blieben. Der Ministerpräsident benutzte diese starke Stellung zur Durchführung einiger konstitutioneller Reformen, unter denen die Umgestaltung des Oberhauses voranstand. Nach der Regierungsvorlage wurde die Mitgliedschaft auf diejenigen Magnaten beschränkt, welche mindestens 3000 Gulden Grundsteuer zahlten, d. h. auf 210 oder etwa ein Drittel der bisher Berechtigten; ebenso wurde die Zahl der Bischöfe vermindert und dagegen für die Krone das Recht verlangt hundert Mitglieder auf Lebenszeit zu ernennen. Das Unterhaus nahm diese Vorschläge am 3. März 1885 mit geringen Änderungen an; im Oberhause vermittelte Andrassy ein Kompromiß, wonach die Krone nur 50 Mitglieder — 30 sofort, die anderen nach und nach — ernennen sollte, während die Zahl der Bischöfe auf 26 begrenzt wurde; Abänderungen, denen das Unterhaus am 22. April beistimmte. Eine zweite bedeutsame Reform bestand darin, daß im Dezember 1885 die Wahlperiode von drei auf fünf Jahre verlängert wurde, eine Maßregel, deren Vorzüge angesichts des außerordentlich tumultuarischen Verlaufs aller Wahlbewegungen gewichtiger waren als die Bedenken, die ihr entgegengehalten werden konnten.

Auf die Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten der Doppelmonarchie behauptete Ungarn auch nach Andrassy's Ausscheiden einen bestimmenden Einfluß. Der Beschwerde, daß nach Haymerles' Ernennung keiner der drei gemeinsamen Minister Magyar war, wurde schon 1880 durch die Ernennung Szlavys zum Finanzminister an Hofmanns Stelle abgeholfen, und als dieser im Juni 1882 seine Entlassung forderte, wurde er durch seinen Landsmann Kallay ersetzt, obgleich inzwischen auch die auswärtigen Angelegenheiten nach Haymerles' frühem Tode (am 10. Oktober 1881) wieder in die Hände eines Magnaten, des Botschafters in Petersburg, des Grafen Kalnoth, gelegt waren. Dem engen Bündnis mit Deutschland, Andrassy's Vermächtnis, waren die Magyaren ebenso zugeneigt wie die Deutsch-Österreicher; die inneren Konflikte mit den Sachsen thaten dem keinen Abbruch, da Fürst Bismarck sich sowohl in diesem Kampfe gegen das Deutschtum, als auch in Cisleithanien in dem Kampfe der Deutsch-Österreicher mit den Slawen streng neutral verhielt. Nur durch die Getreide- und Viehzölle erschütterte seine Politik zuweilen das gute Einvernehmen mit den Ungarn ein wenig; doch half darüber zum Teil die immer wieder auftauchende Hoffnung hinweg, daß der Kanzler ein förmliches Zollbündnis mit Österreich-Ungarn plane und daß dadurch dem ungarischen Getreide auf dem deutschen Markte ein großer Vorsprung in Aussicht stehe. Überdies aber waren die Magyaren durch ihre Feindschaft gegen Rußland auf das Festhalten an dem deutschen Bündnis angewiesen, und

Wahlen von  
1884.Umgestaltung  
des Ober-  
hauses.Gemeinsames  
Ministerium.Verhältnis zu  
Deutschland.

wenn Bismarcks Politik gelegentlich auch dem Zarenreiche sich wieder näherte, so bot sie doch selbst in solchen Momenten die Gewähr, daß sie damit keine Preisgabe der österreichischen Allianz bezwecke. Jedemfalls war es für die Ungarn weit leichter dem Lenker der deutschen Politik Vertrauen entgegenzutragen als für die deutsche Opposition in Cisleithanien.

### Deutschlands kleinere Nachbarstaaten und internationale Stellung.

Daß Fürst Bismarck bei der wachsenden Entfremdung zwischen Rußland und Osterreich, die durch den Entwicklungsgang der orientalischen Frage herbeigeführt wurde, die Partei des letzteren zu nehmen entschlossen sei, hatten die Kongreßverhandlungen schon erkennen lassen. Die engen Beziehungen, die zwischen ihm und Andrassy bestanden, zu pflegen war während des Kongresses Prinz Reuß, der bisherige Botschafter in Konstantinopel, nach Wien versetzt worden. Der erste Erfolg, den er erzielte, war ein Vertrag vom 11. Oktober 1878, durch welchen die von Preußen 1866 übernommene Verpflichtung die nördlichen Distrikte Schlesiens, wenn die Bevölkerung durch freie Abstimmung diesen Wunsch ausdrücke, an Dänemark zurückzugeben aufgehoben wurde. Die Veröffentlichung dieses Vertrages erfolgte erst im Februar 1879, bald nach der Vermählung der Prinzessin Thyra von Dänemark mit dem Herzog von Cumberland, dem vormaligen hannoverschen Kronprinzen, der nach dem Tode seines Vaters Georgs V. (am 12. Juni 1878) seine Rechte auf Hannover feierlich verwahrt hatte und nun Schwager der Thronfolgerin von England und Rußland geworden war. Daß die weltliche Deputation, die zu der Hochzeitsfeier nach Kopenhagen kam, dort bei Hofe demonstrativ ausgezeichnet wurde, galt als die Veranlassung der überraschenden Veröffentlichung des bisher geheim gehaltenen Vertrages; neue Verhandlungen, die Dänemark anknüpfen wollte, wurden von Bismarck kurzerhand abgelehnt. Die nächste Folge war eine ziemlich große Gereiztheit zwischen beiden Völkern; doch lenkten die Dänen bald ein, und der Besuch, den das Königspaar im November 1879 in Berlin abstattete, wo seit 1840 kein Mitglied des dänischen Herrscherhauses gewesen war, legte Zeugnis von dem ernstlichen Wunsche vollständiger Ausöhnung ab.

**Dänemar:** Die inneren Zustände Dänemarks, deren an dieser Stelle in Kürze gedacht werden mag, waren äußerst unerfreulicher Art. Schon seit 1872 verfügte die Linke, die sog. Bauernfreunde, im Volks Hause über die Mehrheit und lag mit dem nationalliberalen Ministerium des Grafen Holstein-Holstenburg und mit der Mehrheit des Oberhauses in unabhängigem Streit; aber trotz aller Adressen, Budgetverweigerungen und Mißtrauensvoten auf der einen, und trotz wiederholter Auflösungen auf

Die nordschleswigsche Frage.

Der dänische Hof und die Welfen.

De  
der ander  
systems o  
Komprom  
trat an  
Platz Es  
rechts, w  
Centrum  
das Bud  
in neuen  
günstiger  
der radi  
Holstein  
beiden G  
es der D  
bringen.  
gleich di  
Erlaß e  
die gege  
sident, r  
zu sechs  
denten G  
öffentlic  
diese ve  
und Ve  
gemilber  
Ni  
Hier w  
vertretu  
oft erf  
Frage  
die Lan  
ratunge  
dagegen  
wenn i  
Weit en  
der Pr  
Ministe  
von de  
1872  
die Ver  
ein vo  
Vetos  
gegen,  
Wortle  
königli